



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Rechten Terror bekämpfen I – Realistische Bewertung des Gefährdungspotenzials in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Analysefähigkeit der bayerischen Sicherheitsbehörden in Bezug auf den gewaltbereiten Rechtsextremismus grundlegend zu verbessern und das Gefährdungspotenzial durch rechtsextreme Gewalt und rechtsextremen Terrorismus systematisch neu zu bewerten.

Zu einer realistischen Gefahreinschätzung gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

- Die Zahl der von den bayerischen Sicherheitsbehörden als „rechtsextreme Gefährder“ bzw. „relevante Personen“ registrierten Neonazis muss nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, dem Anschlag auf die Synagoge und dem Doppelmord in Halle, der Ermordung von neun Personen in Shisha-Bars in Hanau, der Aufdeckung der bundesweiten rechtsextremen Terrorgruppe um den Augsburger ██████████ und den aktuellen Ermittlungen gegen die neuen nationalsozialistischen Terrorgruppen „Atomwaffen Division“ und „Feuerkrieg Division“, dringend überprüft und an die alarmierend hohe Gefährdungslage im Bereich des rechtsextremen Terrorismus angepasst werden.
- Die Staatsregierung muss sich auf Bundesebene für die schnelle Einführung und Umsetzung eines einheitlichen und koordinierten Risikobewertungssystems für rechtsextreme Gefährder einsetzen. Das für islamistische Gefährder eingeführte Analyseraster muss dabei auf den Phänomenbereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus angepasst werden.
- Die personellen Kapazitäten und die fachlichen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden bei der Beobachtung, Analyse und Verfolgung von strafrechtlich relevanten rechtsextremen Aktivitäten im Internet müssen deutlich ausgebaut werden.

Begründung:

In Bayern waren zum Stichtag 31.12.2018 nur drei Personen als „rechtsextreme Gefährder“ registriert, denen die Sicherheitsbehörden konkret die Begehung von Anschlägen und schweren politisch motivierten Straftaten zutrauen. Weitere 19 Personen waren zum selben Stichtag als „relevante Personen“ geführt, denen die Förderung und Unterstützung von oder die Beteiligung an schweren politisch motivierten Straftaten zgetraut wird. Bundesweit werden aktuell rund 60 Personen als rechtsextreme Gefährder geführt.

Die Zahl der „rechtsextremen Gefährder“ bzw. „relevanten Personen“ hat sich in den vergangenen Jahren immer auf einem ähnlich niedrigen Niveau bewegt. Dem gegenüber gibt es bundesweit 690 und bayernweit 45 identifizierte islamistische Gefährder. Das Missverhältnis in der Gefahrenprognose ist offensichtlich. Das Gefahrenpotenzial der rechtsextremen Szene wurde bisher von den Sicherheitsbehörden sträflich unterschätzt.

Die Gefährdungsbewertung durch die bayerischen und bundesweiten Sicherheitsbehörden wird offensichtlich in keiner Weise der akuten aktuellen Gefährdungslage gerecht. So werden allein 1 000 Personen aus dem rechtsextremen Spektrum in Bayern als gewalttätig bzw. gewaltbereit eingestuft. Bundesweit wird das gewaltbereite rechtsextreme Potenzial auf 12 700 Personen geschätzt. Die Zahl der rechtsextremen Gewalt- und Straftaten in Bayern bewegt sich seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau und lag im Jahr 2018 bei 1 834 Straftaten insgesamt. Durch neue Formen der Radikalisierung über soziale Netzwerke und Internetforen hat sich der Personenkreis, von dem rechtsextremistisch motivierte Gewalt bis hin zu schweren Terroranschlägen ausgehen kann, in den letzten Jahren stark vergrößert.

Auch in Bayern gab es in den vergangenen Jahren zahlreiche Fälle von rechtsextremem Terror und rechtsextremer Kriminalität sowie Hinweise auf entsprechende terroristische bzw. kriminelle Vereinigungen:

- So stammten der mutmaßliche Anführer und weitere Mitglieder der rechtsterroristischen Vereinigung „Oldschool Society“ aus Bayern. Vier Mitglieder wurden vom Oberlandesgericht München zu Haftstrafen verurteilt.
- In Bamberg wurde gegen die aus Hooligans und bekannten Neonazis bestehende „Weisse Wölfe Terrorcrew“ wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Die Gruppe soll u. a. Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte geplant haben.
- In Nußdorf am Inn kam es im Jahr 2017 zu zwei schweren Brand- bzw. Sprengstoffanschlägen auf eine Asylbewerberunterkunft. Drei Täter wurden ebenfalls zu Haftstrafen verurteilt.
- Im Dezember 2018 kam es zu einer bundesweiten Razzia wegen der illegalen Fortführung der verbotenen militanten Skinhead-Vereinigung „Blood & Honour“. Acht von fünfzehn durchsuchten Objekten befanden sich in Bayern.
- Im Namen von „Blood & Honour“ bzw. von deren bewaffneten Arm „Combat 18“, wurden im Jahr 2019 zahlreiche Drohbriefe an Moscheen, islamische Zentren, Parteien sowie Presse und Medienadressen verschickt. Auch hier lag ein Schwerpunkt der polizeilichen Maßnahmen in Bayern.
- Im Februar 2020 haben die Sicherheitsbehörden eine bundesweite rechtsextreme Terrorzelle ausgehoben, deren mutmaßlicher Anführer, [REDACTED], in der Nähe von Augsburg lebte. Zwei weitere bayerische Mitglieder, der sich selbst als „Der harte Kern“ titulierenden Gruppe, stammen aus dem Umkreis von München und hatten führende Funktionen in der rechtsextremen Bürgerwehr „Wodans Erben Germanien“ inne, die in Bayern durch regelmäßige Streifengänge aufgefallen ist. Die Gruppe plante u. a. Anschläge auf Moscheen und grüne Politiker.
- Anfang Februar wurde im Landkreis Cham der führende Kopf der deutschen Sektion der international agierenden rechtsextremen Terrorgruppe „Feuerkrieg Division“ verhaftet.
- Es gibt außerdem Hinweise auf Verbindungen der ebenfalls international agierenden rechtsextremen Terrorgruppe „Atomwaffen Division“ nach Bayern. So hat sich ein bayerischer Neonazi an Schießübungen der Gruppe beteiligt.
- Auch der Hanauer Attentäter, der in zwei Shisha-Bars und einem Kiosk ein Blutbad angerichtet hat, hat bis kurz vor seiner Tat in Bayern gelebt und in einem Münchener Schützenverein mit scharfen Waffen trainiert.

Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Bedrohungslage muss die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden in Bezug auf den gewalttätigen Rechtsextremismus dringend verbessert und eine grundlegende Neubewertung der Gefährdungslage im Bereich des

Rechtsterrorismus vorgenommen werden. Die Zahl der „rechtsextremen Gefährder“ und „relevanten Personen“ muss dringend korrigiert und an die tatsächliche Bedrohungslage angepasst werden. Analog zur personenbezogenen Einstufung von islamistischen Gefährdern, muss auch im Bereich des Rechtsextremismus ein einheitliches und differenziertes Risikobewertungssystem zur systematischen Bewertung aller bestehenden Verdachtsfälle entwickelt und umgehend umgesetzt werden.

Angesichts völlig neuer Täterprofile und neuer digitaler Vernetzungsformen müssen auch die personellen und technischen Kapazitäten der Sicherheitsbehörden für ein wirksames Monitoring und operative Ermittlungen im Netz ausgebaut werden. Soziale Netzwerke, Foren und konspirative Plattformen werden zunehmend zu einer wichtigen Radikalisierungs- und Vernetzungsbasis rechtsextremer Attentäter. Diese Täter agieren unabhängig von traditionellen rechtsextremen Organisationen und Netzwerken und bleiben deshalb bisher unterhalb des Radars der Sicherheitsbehörden.